Deutscher Bundestag **Drucksache 19/6559**

19. Wahlperiode 17.12.2018

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union (21. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Andrej Hunko, Fabio De Masi, Heike Hänsel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/2517 –

Ein demokratischer Aufbruch für Europa und ein Neustart der EU

A. Problem

Die Antragsteller konstatieren, die soziale und wirtschaftliche Integration der Europäischen Union (EU) mit dem Ziel der zunehmenden Angleichung der Lebensverhältnisse werde durch grundlegende Konstruktionsfehler der EU und der Eurozone verhindert. Die Krise der EU werde an der Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse, Jugendarbeitslosigkeit, einer einseitigen Finanz- und Verantwortungslast südlicher Mitgliedstaaten bei Flucht und Migration sowie dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU sichtbar. Problematisch sei zudem eine mangelnde demokratische Legitimation der EU-Institutionen. Die Vorschläge des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, zu welchen die Bundesregierung eine Antwort schuldig geblieben sei, seien nicht geeignet, wachsende wirtschaftliche und soziale Ungleichgewichte zu beseitigen. Nicht zielführend sei zudem die zu beobachtende Militarisierung der europäischen Außenpolitik. Die Bundesregierung wird aufgefordert, in die Debatte zur Zukunft der EU aktiv und gestaltend einzugreifen. Zur Schaffung einer demokratischen, solidarischen, sozialen und friedlichen EU sei eine grundlegende Revision der EU-Verträge unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger mit Volksabstimmungen in allen Mitgliedstaaten notwendig.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 19/2517 abzulehnen.

Berlin, den 12. Dezember 2018

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Gunther Krichbaum
Vorsitzender

0

Katrin Staffler
Berichterstatterin

Angelika Glöckner
Berichterstatterin

Martin Hebner
Berichterstatter

Carl-Julius Cronenberg
Berichterstatter

Andrej Hunko
Berichterstatter

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Katrin Staffler, Angelika Glöckner, Martin Hebner, Carl-Julius Cronenberg, Andrej Hunko und Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

I. Überweisung

Die Vorlage auf **Drucksache 19/2517** wurde in der 36. Sitzung des Deutschen Bundestags am 7. Juni 2018 an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Federführung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller halten eine Neugründung der EU zur Überwindung exekutiv dominierter Entscheidungsstrukturen und zur Sicherung sozialer Rechte, der Schaffung eines nachhaltigen Wirtschaftsmodells und einer friedlichen Nachbarschaftspolitik für erforderlich. Die Bundesregierung müsse in die Debatte zur Zukunft der EU aktiv und gestaltend eingreifen. Die Antragsteller fordern die Bundesregierung dementsprechend auf, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

– Herbeiführung eines ausgeglichenen Außenhandels durch Vorlage eines Konzepts zum Abbau von Exportüberschüssen und den Einsatz für eine Sanktionierung dauerhafter Leistungsbilanzüberschüsse auf Ebene der EU sowie Stärkung der Löhne und öffentlichen Investitionen,

– Anstoß einer Schuldenkonferenz für überschuldete Staaten unter Einbeziehung der Europäischen Zentralbank (EZB) und einer zeitlich befristeten EU-weiten Vermögensabgabe für Millionäre sowie Verankerung des Erfordernisses öffentlicher Investitionen in den EU-Verträgen bzw. der Ausnahme ziviler öffentlicher Investitionen von den Maastricht-Kriterien bis zur Umsetzung entsprechender Vertragsänderungen,

– Einsatz für gemeinsame strategische Investitionen in Höhe von 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, etwa in Forschung und Bildung, für die Bekämpfung des Klimawandels sowie Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit, finanziert durch EZB, Bundesbank und andere Zentralbanken bzw. vorläufig durch Ausgabe von Anleihen durch die Europäische Investitionsbank,

– Verankerung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ und des Vorrangs nationaler Lohn-, Sozial- und Umweltstandards vor den Grundfreiheiten des Binnenmarkts und der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union in einer Protokollerklärung und EU-weite Festlegung der nationalen Mindestlöhne bei 60 Prozent des nationalen Durchschnittslohns,

– Vorschlag eines koordinierten Mindeststeuersatzes von 25 Prozent auf Gewinne von Kapitalgesellschaften und einer Quellensteuer für den Fall, dass abfließende Gewinne im Empfangsland nicht entsprechend besteuert werden,

– Ausschluss weiterer Handels- und Investitionsabkommen, die zur Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Einrichtungen der Daseinsvorsorge und zur Schwächung von Löhnen, Sozialstaat, Umwelt und Verbraucherschutz führen; Einlegung eines verfassungsrechtlichen Vorbehalts gegen eine Sondergerichtsbarkeit von Konzernen; Änderung der Außenhandelspolitik mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung in den Staaten der europäischen Nachbarschaft sowie den Entwicklungs- und Schwellenländern,

– Einsatz für den Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention, um soziale Rechte zu garantieren und die Einhaltung menschenrechtlicher Standards durch Frontex, Europol und die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu kontrollieren,

– Einsatz für verbindliche Abrüstungsziele, die Beendigung von Waffenexporten in Krisengebiete, die Stärkung des sicherheitspolitischen Dialogs mit Russland im Rahmen der OSZE und die zivile und solidarische Neuausrichtung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik unter Beendigung der Teilnahme an der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO).

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat in seiner 26. Sitzung am 12. Dezember 2018 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung der Vorlage empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 19/2517 in seiner 23. Sitzung am 12. Dezember 2018 ohne Aussprache abschließend beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Berlin, den 12. Dezember 2018

Katrin Staffler
Berichterstatterin

Angelika Glöckner
Berichterstatterin

Martin Hebner
Berichterstatter

Carl-Julius Cronenberg
Berichterstatter

Andrej Hunko
Berichterstatter

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.